

Verwaltungsförderung kraft eigener Erfahrung eine ordnungsgemäße Verwaltung zu führen vermögen. Solchen Erscheinungen gegenüber ist der Hinweis gestattet, daß die staatliche Aufsichtsbürokratie durchaus keinen Anlaß hat, sich für die Qualität der Verwaltungsarbeit der Selbstverwaltungsförderung verantwortlich zu fühlen. Gewiß treten auch in der Selbstverwaltung verwaltungsrechtliche Mängel und Fehler auf, aber sie finden ihre Korrektur hier mindestens ebenso schnell und gründlich wie beim Staat, und das Dresche Wort von der reinigenden Wirkung, der selbstgemachten Dummheiten gilt für den Selbstverwaltungsbereich sicherlich noch mehr als für den der staatlichen Bürokratie.

Im übrigen spielen ja schließlich bei jeder Aufsichtstätigkeit die Anwendungsformen eine untergeordnete Rolle, das Entscheidende ist der Geist, in dem sie gehandhabt wird, nicht die Beschränkung und Einengung, sondern die Klugheit und Hilfe und gegenseitiges Zusammenwirken zwischen Staatsverwaltung und Selbstverwaltung müssen der Inhalt jeder Aufsicht sein. Bei allen Beteiligten muß die Erkenntnis obwalten: Staatsverwaltung und Selbstverwaltung sind nicht nur feindliche Schwestern, sondern sie sind gegenseitig bedingt und aufeinander angewiesen.

Neben den Hemmungen, die der Selbstverwaltung von außen her entkamen sind, darf eine objektive Würdigung nicht die Hemmungen erkennen, die der Selbstverwaltung in ihren eigenen Reihen entkamen sind. Es wäre unangebracht, zu verlangen, daß in der Zeit der stärksten Wirkung hier und da sich das Verantwortungsbewußtsein nicht in den Vertretungsorganen gelöst hätte. Diese Erscheinungen waren verständlich, in der nachrevolutionären Zeit kamen auch Kräfte in die Vertretungsorgane der Selbstverwaltung, die noch stark unter Pflichten und politischer Kontrolle standen, und denen die Selbstverwaltung fremd war. Diese Strömungen mußten sich innerlich und äußerlich erst auf dem Boden der Selbstverwaltung zurechtfinden. Wenn dieser Reizeprozess zum Teil wenig sympathische Bilder gezeichnet hat, so muß man sich mit dem Zeichen vom Stein trösten: Man lasse sich durch solche Mängel nicht abschrecken und trage sie mit Geduld, denn sie sind die natürliche Strafe für lange geduldeten Fehler. Die besseren Früchte werden gemiß, wenn auch etwas später, reifen. Starker und schwieriger zu überwinden ist der Gefährtenkomplex, der sich aus der innerhalb der Selbstverwaltungsförderung auftretenden Neigung zur Überbrennung politischer und parlamentarischer Momente ergibt. Man verwechsele doch nicht recht häufig in den Kreisen der Selbstverwaltung, „verwalten“ und „regieren“, und doch kann das, was im parlamentarischen Regierungsbetrieb des Staates etwas sehr Notwendiges und Nützliches ist, im Bereiche der Selbstverwaltung etwas sehr Verlethendes und Gefährliches sein.

Nach dem Gang der Entwicklung wird der politische Einschlag in den Vertretungsorganen der Selbstverwaltung stark bleiben. Das braucht an sich auch nicht mit Notwendigkeit zu Unzufriedenheiten zu führen, aber die politischen Strömungen innerhalb der Selbstverwaltungsförderung müssen dem Zweck und dem Wesen der Selbstverwaltung angepaßt und dienstbar sein. Das gleiche gilt von der Anwendung der Grundzüge parlamentarischer Regierungsform. „Staat spielen wollen“, wie Luther sich auf einem deutschen Städtetag ausrückte, ist auch heute noch gefährlich. Gewiß, wir leben in einer Zeit demokratischer Orientierung des Gemeinheitslebens, und das Bestreben ist deswegen verständlich und berechtigt, auch die Selbstverwaltungsförderung zu Trägern demokratischer Gemeinheitslebens zu machen, aber nicht darf die Selbstverwaltung zum Zummelplatz parteipolitischer Wederfälle und Ambitionen werden. Selbstverwaltung erhöpft sich nicht in Kommunalpolitik, verwalten ist eine Kunst und eine eigene Fertigkeit, im Verhalten nicht eine politische Fähigkeit, sondern aus Verantwortlichkeit nur aus politischer Fähigkeit, sondern aus Verantwortlichkeit werden heraus die öffentlichen Meinung in der Selbstverwaltung gegenüber die öffentliche Meinung in der wirksamsten Weise Gehörlichkeit haben, sich geltend zu machen, aber weise der Selbstverwaltung und dem deutschen Gemeinheitsleben, wenn die ephemere Existenz, die Eintagsfliegenart unserer Minister in Reich und Staat, sich auch übertragen sollte auf die Männer, die an der Spitze der deutschen Städte der deutschen Selbstverwaltung nicht in parteipolitischer Dogmatik, sondern in der starken und freien Auswirkung der persönlichen Kräfte und Werte derer, die im Ehrenamt und im Lebensberuf ihr dienen, und in der lebendigen Teilnahme aller Schichten des Volkes.

Aus Parlamenten und Parteien Reinholds Erfolg.

Wir leben in der „Hilfe“: Der neue Finanzminister Reinhold hat mit der Verabschiedung des Haushalts und der Steuerergänze einen guten Erfolg erzielt. Ob zwar der Reuling noch nicht die Finissen der deutschen Parlaments-technik kannte, hat er sich bald zurecht gefunden. Er hat jetzt die Bahn frei für größere Aufgaben. Dabei wäre es töricht zu leugnen, daß soweit die Steuerherabsetzung in Frage kommt, das Ergebnis nicht einwandfrei ist. Das gute ursprüngliche Programm Reinholds ist durch eine gewisse Verärgertungsstille der Deutschen Volkspartei und durch kleinliche Ansprüche der Bayerischen Volkspartei teilweise zerrümmert worden. Aus einem guten finanzpolitischen Programm ist teilweise eine Trübsalpolitik an Sonderinteressen geworden. Und zur Stunde weiß man nicht einmal, ob nicht der Reparations-anspruch für die verpöndelten Steuern, Herr Mac Fabian, gegen die Regelung der Biersteuer Einpruch erheben wird. Tut er es, dann würde der peinliche Spätsatz einer außenpolitischen Blamage noch auf die jegliche Arbeit des Reichstages fallen. Und die besonderen Hüter der „natio-

nen Würde“ müßten sich sagen, daß sie ohne Not ein solches Ereignis herbeigeführt hätten.

Fortführung der Arbeiten des Untersuchungsausschusses.

Dr. Schüding hat für die demokratische Fraktion, Dr. Sell für das Zentrum und Dr. Reichsberg für die Sozialdemokraten nachstehenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, in dem Etat des Reichsbaus die Mittel für die Fortführung des 20. (Untersuchungs-) Ausschusses so lange einzustellen, bis der Ausschuß in der Lage ist, dem Plenum seinen Schlussbericht zu erstatten. Dies soll unter allen Umständen in der laufenden Legislaturperiode geschehen.

Fürstenerabfindung nach dem Wehrbeitragswert. Stellungnahme des Preussischen Finanzministeriums.

Auf Grund eines Auftrages in der „Germania“ über die Fürstenerabfindung, in dem als sehr einfacher Weg die Selbstbescheidung der Fürsten auf Grund des Wehrbeitrages vorgeschlagen wurde, hat sich der demokratische Landtagsabgeordnete Dr. Grzimel-Königsberg an das Preussische Finanzministerium gewandt mit der Bitte, zu diesem Vorhange Stellung zu nehmen. Dr. Grzimel hat, wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, darauf geantwortet, daß die nachstehende Antwort erhalten:

Auf Ihr sehr. Schreiben habe ich geprüft, ob der in dem Auftrage der „Germania“ angedeutete Weg in Preußen gangbar wäre und zu welchem Ergebnis er etwa führen würde. Nach dem Immediatbericht des Ministers des Kgl. Hauses vom 31. Januar 1914 ist das dem Wehrbeitragswert unterwerfende Gesamtvermögen der Staatliche des Kgl. Hauses auf 140 Millionen Mark geschätzt worden — gezahlt ist dann ein Wehrbeitrag von 2.400.000 A. M. — während bei der Ausinanspruchnahme, wie in der „Germania“ vorgeschlagen, dem Königshause 25 oder 15 Prozent der geschätzten Summe gewährt, so würde man auf 35 oder 21 Millionen RM. kommen. Dieses Ergebnis wäre aber, abgesehen davon, daß die Summen mir ziemlich hoch erscheinen, sachlich nicht richtig, weil bei der Schätzung 1914 einerseits Werte veranschlagt sind, die der Staat jetzt bei der Auseinanderberufung als sein Eigentum beansprucht, insbesondere Güter und Forsten, andererseits der Wert der Krone an Schloßern, Parks, Verwaltungshofbauwerken, Dienstwohngebäuden, Mobiliar, Kunstwerken und Juwelen nicht berücksichtigt worden ist. Ich würde daher den vorgeschlagenen Weg, soweit die preussischen Verhältnisse in Frage kommen, nicht für „sehr einfach“ und nicht für besonders glücklich halten; ich glaube vielmehr, daß die Annahme des jetzt geplanten Kompromisses, welches dem Staat alles sichern würde, was er haben muß.

Reichswehrminister Gehler's Urlaub.

Reichswehrminister Gehler, der vor kurzem auf eine dreitägige Tätigkeit als Reichswehrminister zurückgekehrt ist, tritt in diesen Tagen einen zweimonatlichen Urlaub an. Es ist bekannt, daß die angegriffene Gesundheit des Dr. Gehler schon vor längerer Zeit einleuchtend war. Der Reichswehrminister nahm am 7. April noch an der Feier des 60. Soldatenjubiläum des Reichswehrpräsidenten teil und wird dann Berlin für längere Zeit verlassen.

Vergeht es nicht!

Wenn mir das große Ziel, erfolgreiche politische Aufklärungsarbeit zu leisten, erreichen wollen, dann müssen alle Kräfte — zusammen wirken.

Jeder Demokrat und Republikaner hat die Pflicht, für die Verbreitung unserer Wochenchrift tätig zu sein. — Probe-nummern kostenlos durch den Verlag, — Magdeburg, Breiterweg 139/140.

Die Amtsbezeichnungen der Reichsbahn.

So offensichtlich die Reichsbahn auch bemüht ist, eine Modernisierung ihrer Verwaltung vorzunehmen: in der Frage gewisser Amtsbezeichnungen hat man durch die Änderungen eine größere Klarheit kaum erreichen können. Es gibt bei der Reichsbahn einen Generaldirektor. Das ist klar und einleuchtend. Dann gibt es Direktoren der Reichsbahn, das sind die Vorstände der großen Abteilungen in der Reichsbahnverwaltung. So weit mag es auch noch hingehen. Nun aber gibt es außerdem „Reichsbahndirektoren“, das sind die früheren Ministerialräte, und schließlich es noch bei den 32 Reichsbahndirektionen. „Direktoren“ bei der Reichsbahn, die im Range der früheren Oberbauärzte stehen. — Wenn für jede Veranschlagung dieser Amtsbezeichnungen eine Maß in die Reichsbahnliste gesetzt würde, so müßte ein ganz hübsches Sammelchen herauskommen.

Links oder Rechts!

Herr Paul Baedek schreibt in der „Deutschen Tageszeitung“: „Die eigentliche Entscheidung über die Frage, ob die gegenwärtige Regierung im Reiche ihre Innenpolitik mit der Sozialdemokratie machen kann, wird auf wirtschaftlichem Gebiet erst die nahe bevorstehende Neurege-

lung unserer Zoll- und Handelspolitik, auf kulturellem Gebiet das Reichsjustizgesetz drängen, dessen Fortsetzung der Reichsinnenminister plant. Auf der anderen Seite kann auch wie über die Entwicklung unserer Außenpolitik entscheidende Maßnahmen auch auf die Gestaltung der inneren Politik im Reiche üben.“

Demokratische Beamtenfürsorge.

Anträge der Reichstagsfraktion.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat nachstehende für die Beamtenchaft wichtige Anträge eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung zu eruchen, in einem Nachtragshaushalt, spätestens aber im Haushalts für 1927, den Betrag für die von den Berufsvereinigungen der Beamtenchaft geschaffenen Fortbildungseinrichtungen angemessen zu erhöhen, um das Bildungsniveau der Beamtenchaft zu heben, die allen treibenden Beamten die Möglichkeit zu geben, die allen treibenden Beamten erforderliche Sachkunde zum Aufstieg in höhere Ämter erforderliche Sachkunde zu erwerben; die Förderung der Beamtenfortbildung angemessen zu erhöhen, um insbesondere den minderbeholdenen Beamten den Aufenthalt in den Erholungsheimen zu ermöglichen.“

Man einem zweiten Antrag soll die Reichsregierung ersucht werden, alsbald in eine Prüfung der von den Beamten der Finanzbank- und Reichsreisverwaltungen befallenen sehr ungenügenden Beförderungsverhältnisse einzutreten und dem Reichstag Vorschläge zur Abhilfe zu unterbreiten.

In einem dritten Antrag wird die Reichsregierung ersucht, die nachfolgenden Klagen der Beamten der Gruppen V bis VIII der Reichsfinanzverwaltung über die ungenügenden Beförderungsverhältnisse einer gründlichen Prüfung zu unterziehen und dem Reichstag alsbald Vorschläge zu Abhilfe vorzulegen. Ferner wolle die Reichsregierung alsbald Maßnahmen treffen, wodurch die Härten ausgeglichen werden, welche die zu anderen Verwaltungen über getretenen ehemaligen Reichsbeamten der Gruppen 3 bis 6 und 8 und 9 durch ungenügende Beförderungsverhältnisse gegenüber den bei ihrer Mutterverwaltung verbliebenen Beamten erlitten haben. Schließlich wolle die Reichsfinanzverwaltung auch die Beamten der Aufschub des einfachen mittleren Dienstes zur Vorbereitung für Beförderungstellen zu den amtlichen Prüfungsergebnisse zulassen.

50 Jahre „Zittauer Morgen-Zeitung“. Die demokratische „Zittauer Morgen-Zeitung“, die am 1. April ihr 50jähriges Bestehen feiern konnte, hat aus diesem Anlaß eine Festschrift und ein Erinnerungsbuch heraus gegeben, das wertvolle Aufschlüsse über die Geschichte dieses Blattes und der demokratischen Presse gibt. Unten die Gratulationen befinden sich fast alle führenden demokratischen Politiker. Der Ehrenpräsident der Deutschen Demokratischen Partei, Friedrich Panzer, veröffentlicht die Gedächtnisrede über die Aufgaben der demokratischen Presse und sagt u. a.:

„Die demokratische Presse darf nicht aufhören, um mit der Kraft der Überzeugung zu wirken, das Ziel des Fortschritts und des Vaterlandes Wohl unter höchstes Ziel zu setzen, daß schwer errangene politische Rechte zu erkämpfen zu werden, daß den vermehrten Rechten auf die größere Verantwortlichkeit entspricht und daß in Einmütigkeit, Sparsamkeit und Fleiß uns aus dem Sumpf herausführen können.“

Die beiden Reichsminister aus Sachsen, Dr. Kütz und Dr. Reichhold, schildern die Verdienste der „Zittauer Morgen-Zeitung“, der Vorsitzende der Deutschen Demokratischen Partei, Reichsminister a. D. Koch äußert sich über die Notwendigkeit des deutschen Beitrags zum Völkerverbund, Erkelenz spricht über die Erziehung zur Demokratie und führende sächsische Persönlichkeiten schildern die Rolle der „Zittauer Morgen-Zeitung“ im politischen und kulturellen Leben des Freistaates Sachsen eingekommen hat und noch immer in steigendem Maße gewinnt.

Das Deutsche Museum und Koch.

Eine verdiente Ehrung.

Das Deutsche Museum in München hat Reichsminister a. D. Koch in Anbetracht des Umstandes, daß er während der so außerordentlich schwierigen Zeit seiner Minister-tätigkeit das Museum in ganz besonderem Maße zu fördern gewirkt hat, zum Ehrenmitglied seines Ausschusses berufen.

Die jegliche Ehrung Kochs kommt zwar ziemlich spät, sie ist darum aber nicht weniger berechtigt. Doch aus München eine Ehrung des Antiquars Koch kommt, welche besonders hervorzuheben zu werden. Koch hat immer als Reichsminister des Innern entgegen zentralistischer Tendenzen erreicht, daß das Reich die Mittel für die Welterhaltung des seit Kriegseintritt ruhenden Baues d. Deutschen Museums bereitgestellt hat. Es ist bei der Eröffnungsfest der Museumsausstellung, daß Koch dieser Feier seine Einladung erhalten hatte. Die damalige Münchener „Vergeltlichkeit“ ist also doch noch ausgleichend worden.

Demokratische Sommerschulen 1926.

Auch in die Jahre soll eine Anzahl von Sommer- und Herbstschulen an schon gelegenen Orten unseres Vaterlandes stattfinden. Der Kulturausschuß der Demokratischen Partei lädt o. Parteifreunde ein, sich zu anregender und vertiefender Aussprache über Fragen der Politik und Weltanschauung verbunden mit Geistesfrische und Erholung, zusammen zu finden.

Als erste Sommerschulen finden statt: Naustische Sommerschule auf der Schaumburg, die an der Bahn von Wittwoh, den 12. bis Sonntag den 15. Mai. Thema: Fragen des modernen Staatens. Leitung: Herr und Frau Professor Kadeburg. Auf dieser Sommerschule sollen Wesen und Fort-

des Parlamentarismus, die Umbildungsmöglichkeiten des jetzigen parlamentarischen Systems, sowie Verfassungsfragen überhaupt behandelt werden. Die Schaumburg ist an der Strecke Gießen—Bad Ems—Koblenz in bester Umgebung gelegen. Die Kosten für Wohnung und Verpflegung werden sich auf etwa 7—8 Mark täglich belaufen. Anmeldungen sind an Generaldirektor Wolff, Frankfurt am Main, Neue Mainzer Straße 54, zu richten.

Reichsische Sommerreise an der Rheinischer Taalspitze bei Remscheid von Mittwoch, den 26. bis Sonnabend, den 29. Mai. Thema: Kulturpolitische Fragen der Gegenwart.

Die Rheinischer Taalspitze liegt eine halbe Stunde von Remscheid entfernt im Eifelgebiete und bildet eines der beliebtesten Wanderspiele des Bergischen Landes. Die Teilnehmer finden teils in Remscheid, teils in Wermelskirchen Unterkunft. Wohnung und Verpflegung stellen sich auf etwa 7—8 Mark täglich. Außerdem wird eine gewisse Teilnahmegebühr erhoben. Anmeldungen sind an Generaldirektor Lange, Eiserfeld, Karlsruher Straße 10, zu richten. Das genaue Programm beider Sommerreisen mit Angabe der Einzelposten und Nebener, sowie ein Plan der Sommerreisen, die in diesem Jahre stattfinden, werden demnächst veröffentlicht werden.

Die widerlegte Volkshoffung. Der Reichsverband des Deutschen Republikanismus Reichsbundes gibt eine Kampfbroschüre gegen die Volkshoffung heraus, zu der der demokratische Führer und letzte Vizepräsident des Kaiserlichen Reichstages, Friedrich v. Pappe, eine Schlussproklamation geschrieben hat. Die Broschüre gibt in knapper gedrängter, auch für den eiligen Leser geeigneter Formulierung das gesamte wichtige Material über das militärische Stärkeverhältnis am Ende des Krieges und bemerkt, wie die militärische Kriegslösung bereits im September fortjüngte Verhandlungen mit dem Feind verknüpfte.

Um das Schutzpolizeibeamten-Gesetz. Der Ausschuss für Beamtenfragen des Preussischen Landtages hat die Verlängerung des preussischen Schutzpolizeibeamten-Gesetzes um ein Vierteljahr, bis zum 30. Juni dieses Jahres, zugestimmt. Bei den gegenwärtigen Beratungen haben sich die Sozialdemokraten allerdings zu agitatorischen Änderungsanträgen verleiten lassen, von denen Ministerdirektor Dr. Wegge erklärte, daß der preussische Innenminister Severing selbst nicht der Meinung sei, solche Änderungen könnten im Augenblick durchgeführt werden. Außerdem fanden diese Anträge zum Teil im Gegensatz zur Reichsregierung. Nach diesen Erklärungen mußte dann der sozialdemokratische Abgeordnete Simon für die sozialdemokratische Fraktion erklären, daß sie den Antrag des Abgeordneten Wardenwald zurückziehe. Nummer wurde von kommunistischer Seite dieser Antrag wieder aufgenommen, er wurde dann aber abgelehnt und die Sozialdemokraten mußten sich für die Ablehnung stimmen. Ministerdirektor Wegge gab dann noch die Erklärung ab, daß das Reichsstatutgesetz aufgehoben werden solle. Der Entwurf zu dem Aufhebungsgesetz sei im wesentlichen fertiggestellt und werde noch in diesem Monat dem Gesetzgebenden Körper vorgelegt. Gleichzeitig wird in Folge der verstärkten Arbeit der Polizeibeamten eine Änderung der Anstellungsgrundsätze erfolgen.

Abgrenzung der Landesfinanzämter. Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag einen Gesetzesentwurf vorgelegt, nach dem die Reichsfinanzabgrenzung in der Weise geändert werden soll, daß die endgültige Abgrenzung der Bezirke der Landesfinanzämter nicht schon am 1. April 1926, sondern erst am 1. April 1928 stattfindet. Die Gründe, die im Jahre 1923 dazu zwangen, die endgültige Abgrenzung auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, sind auch heute noch nicht behoben. Die Finanzämter sind zur Zeit mit steuerlichen Arbeiten überlastet, und zwar fast im Augenblick die Arbeiten zur Feststellung der Einheitswerte auf Grund der Vorschriften des Reichsbemerkungsblattes in vollem Gange. Das Jahr 1927 wird mit den umfangreichen Vorarbeiten für das Abgrenzungsgesetz, insbesondere den notwendigen Verhandlungen hierüber, ausgefüllt sein, sodas für das Inkrafttreten des Gesetzes ein früherer Zeitpunkt als der 1. April 1928 nicht in Aussicht genommen werden kann.

Regierungsparteien und Strafgesetzreform. Frau Dr. Lüders hat mit Unterstützung der demokratischen Fraktion, der Fraktion der deutschen Volkspartei und der des Zentrum nachstehenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu erlauben, die Beilegung der Beratung des Entwurfes eines deutschen Strafgesetzes im Reichstag mit allen Mitteln so zu fördern, daß der Entwurf dem Reichstag spätestens im Herbst vorgelegt werden kann.

Parteinachrichten

Bezirk Halle.

Handelsminister Dr. Schreiber über die Lage im Bergbau.

Im Hauptauschuß des preussischen Landtages wies Handelsminister Dr. Schreiber auf die betrübende Gesamtlage des Bergbaues hin. Im Ruhrbergbau sei die Gesamtbeschäftigung auf 387 000 Mann gesunken. Im Januar eingetretene Unfälle, im Febr. 23 000 Feiertagsidien eingetretene Unfälle. Besonders ungünstig sei der Stand der staatlichen Gruben im Ruhrbergbau. Weitere Einschränkungen seien notwendig. Die steuerliche Belastung drücke gewaltig auf die Rentabilität der Zechen. Die englische Kohle sei die schärfste Konkurrenz für den rheinisch-westfälischen Bergbau. Auf eine Hebung der Kräfte sei vorzuzusetzen zu rechnen. Erfreulich sei die Lage im Braunkohlen- und im Kaliberbergbau, dagegen trübselig beim Eisenbergbau. Die Lage an Sieg, Dill und Ruhr werde schlechtere sein von Tag zu Tag. Die Eisenerzege nicht

unterzubringen, weil das ausländische Erz um 2 Mark die Tonne billiger zu haben ist als das deutsche Erz. Der Minister schloß mit der Feststellung, daß die Reichsbahn allen Wünschen auf Verbilligung der Frachten nicht die notwendige Geneigtheit entgegengebracht habe. Ohne ihre Mitwirkung könne man aber dem schwerleidenden Erzbergbau nicht helfen.

Wir machen hiermit auf die von der demokratischen Frauengruppe und vom Verein der Deutschen Demokratischen Partei in Halle für Freitag, den 16. April, anberaumte Mitgliederversammlung besonders aufmerksam. Als Rednerin ist Frau Studentin Dr. Gertrud Klausner-Berlin gemeldet. Alle Parteimitglieder, die es irgend möglich machen können, müssen an dieser Veranstaltung teilnehmen. Gäste können eingeführt werden. Die Versammlung beginnt abends 8 Uhr im großen Nicolaus-Saal.

Auch auf die Beteiligung an der für Sonntag, den 18. April, nach dem Neumarkt-Schießenhaus einberufenen Tagung der Bezirksvertreter sei hiermit ausdrücklich verwiesen. Stimmberechtigt sind allerdings nur die von den Kreisvereinen gewählten Vertreter. Darüber hinaus ist aber jedes eingeschriebene Mitglied willkommen. Ganz besonders richtet sich die Bitte um Beteiligung an alle Mitglieder des hiesigen Gesamtverbandes. Sie müssen es für ihre Pflicht halten, den auswärtigen Parteifreunden zu zeigen, daß in Halle ein reges Interesse an der Zusammenarbeit im Bezirksverband vorhanden ist.

Professor Hade aus Marburg spricht am Sonnabend, den 10. April, abends 8 Uhr im oberen Zehnhäuser in einer vom Internationalen Verbandskongress einberufenen Versammlung über „Friedenswille — Christenpflicht“. Die Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei werden um recht zahlreiche Beteiligung an dieser Veranstaltung gebeten.

D. D. B. Halle.

Freitag, den 16. April, abends 8 Uhr im großen Nicolaus-Saal

Mitgliederversammlung.

Als Rednerin ist die Landtagsabgeordnete Frau Dr. Klausner-Berlin gemeldet, die über das aktuelle Thema

„Das neue Italien“

sprechen wird.

Zu dieser Veranstaltung, die gemeinsam mit der Demokratischen Frauengruppe stattfindet, wird eine zahlreiche Beteiligung der Mitglieder erwartet. Gäste können eingeführt werden.

Bezirksverband der D. D. B.

Sonntag, den 18. April, vormittags 11 Uhr im Klubzimmer des „Neumarkt-Schießenhauses“ in Halle, Saal 41

Bezirksvertreter-Tagung.

Neben den Beratungen über geschäftliche und organisatorische Fragen hat Herr Landtagsabgeordneter Meinde ein Referat über Wirtschaftspolitik (Hauszinssteuer) übernommen. Auch Herr Staatsminister Dr. Schreiber wird zu den Verhandlungen erwartet.

Außer den stimmberechtigten Kreisdelegierten werden die Parteifreunde im Bezirk und besonders in Halle um ihre Beteiligung an dieser wichtigen Sitzung gebeten.

Gefallenenerkung. An der Einweihung des Denkmals für die im Weltkriege der Paulusgemeinde am Ostersonabend nahm in ansehnlicher Stärke auch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold teil, nachdem von der Kirche eine Einladung hierzu eingegangen war. Ungeachtet des religiösen Bekenntnisses und der politischen Einstellung wird das Reichsbanner stets in erster Linie stehen, wenn es gilt, der für die Freiheit des deutschen Volkes Gefallenen zu gedenken, gleichgültig, wo die Feier stattfindet. Nicht einer Klasse, sondern allen Volksgenossen gehören die Toten des Weltkrieges, sind doch auch bei den 547 Toten, deren Namen auf dem Ehrenmale der Paulusgemeinde stehen, eine außerordentlich große Zahl Väter, Brüder und Söhne von Reichsbannerkameraden dabei. Für das Reichsbanner und für den Republikanismus Frauenbund wurden Kränze mit einer Schleife in den Reichsfarben niedergelegt. Verwunderung mußte es erregen, daß die mit Trauerfroh versehenen Fahnen der deutschen Republik in der Kirche nicht aufgestellt werden durften und insgesamten nicht geliebt werden konnten, als das Lied „Ach hatt einen Kameraden“ erkante. Die verfassungsgerechten Mitglieder der Paulusgemeinde wurden durch diese unverständliche Maßnahme daran erinnert, daß die Paulusfahne bei der Wahl Hindenburg zum Reichspräsidenten, der den Eid auf Schwarz-Rot-Gold leistete, in den Farben flaggte, die heute zur demokratischen Partei farbig geworden sind. — Nach Beendigung der Feier marschierte das Reichsbanner geschlossen mit entfalteten Fahnen ab.

Ein Führungsjugend. Der deutsche nationale Reichstagsabgeordnete von Freitag-Döringhausen stellt in der

„Halleischen Zeitung“ sich und seiner Fraktion ein Osterzeugnis aus, das seiner Begründung wegen verdient über den begrenzten Rahmen des deutschnationalen Blattes hinaus bekannt zu werden. Herr Döringhausen sagt u. a.: „Die Deutschenationalen haben dem Staatsinteresse weitgehende Opfer gebracht. Sie haben der redigierten Erledigung des Haushalts seine Hindernisse in den Weg gelegt. Insofern als gebührt ihnen und nicht den Regierungsparteien das Verdienst, wenn im kommenden Etatsjahre eine geregelte Wirtschaft möglich ist.“

Und weiter sagt er zur Abstimmung über die Steuererhöhung:

„Die Deutschenationalen haben sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Sie begünstigen sich, ihre Forderungen annehmen und fanden im übrigen Gegehr die Maß.“

Wir beglückwünschen die Deutschenationalen dazu, daß sie sich das was wir immer gelang haben, von ihrem Abg. Döringhausen schriftlich bestätigen lassen. Am besten von allen politischen Rollen liegt ihnen die des müßigen Zuschauers.

Unser Parteiführer Reichsminister a. D. Koch hat kürzlich in München eine hochbedeutende Rede über „Das Reich und die Länder“ gehalten. In treffenden Strichen zeichnet Koch, wie fast mehr als tausend Jahren 80 Millionen Deutsche, einig in Sprache, Sitte und Kultur, insolge eines demagogischen Partikularismus, der Spielball fremder Völker werden sind und durch künstlichen Partikularismus sogar in einen widerwärtigen Bürgerkrieg hineingetrieben werden. Er hebt den ausschlaggebenden Gegensatz der neuen zu der alten Verfassung und die Notwendigkeit einer geordneten Gliederung des Deutschen Reiches in einer Einheit als Großstaat sichernden Form heraus und stellt dieser die unheilvolle Wirkung einer Sodenstrenge zentralistischer Bürokratie gegenüber. Diese groß angelegte Rede ist von der Reichsgeschäftsstelle als Flugblatt herausgegeben. Ihr Bezug kann allen Kreisvereinen und Ortsgruppen auf das dringendste empfohlen werden. Ihre Weiterverbreitung ist ein vorzügliches Werbe- und Propagandamittel. 100 Stück kosten nur M. 2.—. Bestellungen sind direkt an die Reichsgeschäftsstelle der D. D. B., Berlin SW 11, Bernburgstraße 18, zu richten.

Für einen jungen abgeordneten Beamten (Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei) wird um Nebenbeschäftigung irgendwelcher Art gebeten. Offerten nimmt unter B. 49 unter Parteigeschäftsstelle in Halle, Leipzigerstraße 21, gern entgegen. Derselbe auch nähere Auskunft über die Person des Bewerbers.

Tungdemokraten-Halle. Unser nächster Vortragabend findet Dienstag, den 13. April, abends 8 Uhr im Ref. „St. Nicolaus“, Nicolaistraße, statt. Zeitlich glückliche Mitternacht sprechen über: „Die große Revolution“.

Unsere Mitglieder werden gebeten, vollständig zu erscheinen und Freunde und Bekannte mitzubringen.

Deutsches Demokratisches Frauengruppe Halle. Die Ursprünge für Donnerstag, den 15. April, angesehene Versammlung fällt aus. Dafür findet am Freitag, den 16. April, abends 8 Uhr im großen Nicolaus-Saal gemeinschaftlich mit dem Verein der Deutschen Demokratischen Partei eine Mitgliederversammlung statt, in der die Landtagsabgeordnete Frau Dr. Gertrud Klausner-Berlin über „Das neue Italien“ sprechen wird.

Halle in der Kulturverbändigung.

In einer Angelegenheit, die für viele Kreise ein großes Interesse hat, schreibt uns ein Freund unseres Blattes aus Torgau:

Vor einiger Zeit ist in einer in der Leipziger A. N. veröffentlichten Zeitschrift Sturm dagegen gelaufen worden, daß für die Zugangs-Verbindung Breslau-Göln als Zwischenlandungsplatz Halle und nicht Leipzig bestimmt worden ist. Wie das nicht anders zu erwarten war, wird das natürlich in der Leipziger A. N. als eine schwere Benachteiligung Leipzigs angesehen und um diese Behauptung möglichst schmachhaft zu machen, wird an die Streitigkeiten erinnert, die man früher zwischen Preußen und Sachsen in solchen Verkehrsfragen ausgesprochen haben soll. Man darf aber wohl mit Recht annehmen, daß es sich auch hierbei meist um Vermutungen handelt, die einem gewissen Partikularismus entspringen sind, der ja leider nicht nur in Wagen zu Hause ist. Natürlich entbehren auch die Vermutungen, die jetzt für die angelegte Bevorzugung Halles durch die Preussische Staatsregierung angeführt werden, jeder tatsächlichen Grundlage, und ebenso entspricht es nicht der Wahrheit, wenn inselondere dem Preussischen Handelsminister, Herrn Dr. Schreiber-Halle vorgeworfen wird, daß er sich bei der Entscheidung in dieser Angelegenheit nur an engen lokalpatriotischen Gesichtspunkten habe leiten lassen. Die neue Verkehrsverbindung wird nämlich vom Preussischen Staat auch finanziell unterstützt, nicht aber von Sachsen, und es lag deshalb sehr nahe, daß als Zwischenlandungsplatz für Mitteldeutschland Halle bestimmt wurde. Die L. A. N. würden klüger sein, wenn sie das ohne weiteres auch als ein Entgegenkommen der Preussischen Staatsregierung anerkennen würden, denn man hätte ja als Zwischenlandungsstelle ebenbürtig Magdeburg bestimmen können, dann wäre aber auch nicht die bequeme Verbindung möglich gewesen, wie sie zwischen Leipzig und Halle besteht. Es ist sogar anzunehmen, daß hierauf bei der Entscheidung über diese Frage ganz besonders Rücksicht genommen wurde. Jedenfalls bleibt es aber lebhaft zu bedauern, daß die L. A. N. trotz der Bedeutung, die sie sich gern als „Weltblatt“ zusprechen, solchen englitrainen partikularistischen Ergüssen Raum gewähren. Solche törichten Angriffe schaden bekanntlich dem Angreifer, also in diesem Falle der Reichsstadt Leipzig am allermeisten, und aber gerade auf Grund der während der letzten Messe gesammelten Erfahrungen wirklich alle Veranlassung hat, mit Rücksicht auf die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung der Messe erst einmal im eigenen Hause dafür zu sorgen, daß dieses Ansehen nicht gefährdet wird. Es ist vor allem dieses so viel von der Er-



Beratung. Kreisratsabgeordneter Lehrer Röppe erstattete eingehend Bericht und empfahl die Annahme. Der Kreisrat hat bereits in seiner Sitzung am 21. 3. sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Die Vorlage wurde damals auf Antrag des Abgeordneten L. Pamprecht (rechts) zurückgezogen. Durch die Verschleppung der Angelegenheit sind dem Kreise rund 8000 M an Steuern verloren gegangen. Auch diesmal verurteilte die Rechte die Vorlage zu Fall zu bringen, indem sie weitgehende Abänderungsanträge einbrachte. Bei der Abstimmung stimmte die Rechte geschlossen gegen die Wertzuwachssteuer, so daß die Vorlage mit 13:13 abgelehnt wurde. Der Vertreter des Deutschen Bauernbundes, Kreissekretär Kluth, hat auch in diesem Falle geschlossen mit der Rechte gestimmt, obwohl ihm als Beamter des Kreises bewußt sein mußte, daß die Stimmen der Rechte Ablehnung bedeuten, und der Kreiswahlsplan nicht mehr zu balancieren war. Der Rechten wurde die Situation erst klar, als sie gesehen hatte, was durch ihre Abstimmung erreicht war, nämlich die Ablehnung der ganzen Steuer. Sie hat deshalb eiligst einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Die ganze Vorlage in einer neu einzuberufenden Sitzung des Kreisrates nochmals zu verhandeln. Dieser Antrag wurde angenommen und die 2. Kreisratsitzung sofort eröffnet. Jetzt geschah das Merkwürdige: Kreisassessor Kluth, Kreissekretär Kluth von Deutschen Bauernbunde verließ den Saal, er wurde diesmal seiner Fraktion untreu. Solche kleine Tadelstücke fällt den Angehörigen nicht auf. Wir wollen nur die Tatsache festhalten, daß Herr Kluth sich bei der zweiten Abstimmung durch Abwesenheit im Sitzungssaal gegen seine Freunde von rechts gewandt hat. Die Wertzuwachssteuer wurde nach dem Entschluß des Kreisratschusses mit 13 gegen 7 Stimmen der Rechten angenommen. Fünf Reichsliste enthalten. Die Rechtsfraktion hat mit dieser Abstimmung also deutlich ihren wenig feinen, in einem Zusammenhang stehenden. Der Sachplatz hat bereits gemerkt. Vom Abgeordneten Blum wurde eine neue Verbindung Burg-Brandenburgs zwecks schnellerer Beförderung der Arbeiter beantragt. Eine Anzahl Wünsche der sozialdemokratischen Fraktion hat Wohlhabende und Kriegsveteranen-Fürsorge laut nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Der gesamte Etat mit Einnahmen und Ausgaben mit 1.415.000 wurde mit 25 gegen eine Stimme angenommen.

Demokratische Jugendgruppe. Sonnabend, den 10. 4. Jahrt nach Beunruhigung. Treffen abends 6.40 Uhr an der Platzauf der vom Hauptbahnhof. Rufen M. 4. Freitag, den 16. 4. Befrei eines Anstalts mit verteilten Rollen. — Montag den 19. 4. Mitteilungen: Gymnastische Übungen.

Magdeburg. In einer vom Verband der Mühlhändler an verstorbenen Mittwoch nach den Mühlhändler-Bürgerschaften eintreffenden öffentlichen Versammlung sprach Stadtr. Dürr über die Gefahren der bestehenden Sonntagsruhebestimmungen im Milch- und Eishandel. An das mit stürmischen Beifall aufgenommene Referat schloß sich eine Ausprache an, deren Ergebnis die Annahme nachfolgender Resolution war. „Die öffentliche Verammlung der Milch- und Eishändler von Magdeburg und Umgebung bittet die berufenen Stellen der Regierung, Maßnahmen zu treffen, die den ungesicherten und ununterbrochenen Handel mit frischer Milch und Eis am Sonn- und Festtagen von früh 7 Uhr bis mittags 2 Uhr gestatten. Eine Unterbindung des Handels mit Eis und frischer Milch würde für Krankenhäuser, Kliniken, Heilanstalten und Säuglinge eine Katastrophe bedeuten und außerdem andererseits Anknüpfen von Nahrungsmitteln dem Verderben preisgeben.“

Magdeburg. Der demokratische Stammtisch hatte am Dienstag, den 30. März, eine Festigung, an der zahlreiche Parteifreunde teilnahmen, u. a. auch der Herr Landeshauptmann Dr. Hübner. In diesem Abend wurde das von unserem Parteifreund, Herrn Schlossmeister Will Schüller entworfene und angefertigte Banner eingeweiht. Herr Dr. Hübner hielt eine kurze, sinnige Ansprache über Schwärz-Anschand und wies darauf hin, daß der demokratische Stammtisch unter der Reichstagslage tage. Der Stammtisch will damit zum Ausdruck bringen, daß er ein unterirdischer, republikanischer Klub ist. Die Parteifreunde, die jeden Dienstag zusammenkommen, wollen das gesellschaftliche Leben pflegen und sich mit Rat und Tat gegenseitig unterstützen. Er wünschte, daß alle Parteifreunde recht zahlreich Gelegenheit finden möchten, den demokratischen Stammtisch zu besuchen, der jeden Dienstag im „Weißen Bier“ stattfindet. Herr Stadtr. Dürr sprach über die Wichtigkeit der anwesenden Freunde und hat, ein Scherzspiel in der Anfertigungsarbeiten zu spielen. Der Abend verlief in recht harmonischer Weise. Die nächste Veranstaltung findet am kommenden Dienstag statt und laden wir hierzu die Parteifreunde freudlichst ein.

Magdeburg. Unser Parteifreund, Herr Dr. Schroeder, hat sich mit Frau Gertrud Hermig, Tochter des verstorbenen Prof. Dr. Friedr. Hermig-Saarbrücken verlobt.

Akktor Wilhelm Voigt, bisher 1. Vorsitzender des Magdeburger Lehrerevereins, wurde zum Vorsitzenden des Provinzialverbandes des preussischen Lehrerevereins gewählt. Akktor Voigt ist eine bekannte Persönlichkeit in der Lehrerbewegung, die sich besonders durch strenge Sachlichkeit auszeichnet. Wir wünschen unserem neuen Parteifreund in seinem neuen Wirkungskreis guten Erfolg.

Organisationsverbänd der Deutschen Demokratischen Partei. Das 464 Seiten umfassende Handbuch enthält alle Angaben, die für die Parteiarbeit erforderlich sind. Es gibt genaue Mitteilungen über die Gesamtorganisation

der Partei im Reich und ist für jeden tätigen Parteifreund unentbehrlich. Der Bezug des Buches ist nur durch die Reichspostämter in Berlin S. W. 11, Bernburger Straße 18 oder durch die Parteizentralstelle des Bezirksverbandes Magdeburg-Anhalt, in Magdeburg, Breiter Weg 139-140 möglich. Der Preis des Buches beträgt einschließlich Porto 3,50 Mark.

Schönebeck a. E. Nach einem Bericht in der Tageszeitung für Schönebeck, Gr. Salz, Gröbke und Umgebung hat die Wirtschaftspartei in Gr. Salz eine Verammlung abgehalten, in der der Provinziallandtagsabgeordnete Lehrer Jirtenbach einen Bericht über den Verlauf der Provinziallandtagsarbeiten erstattete. Dabei soll er nach genannter Zeitung erklärt haben, die demokratische Partei habe ähnlich wie im Kreisrat bewiesen, daß sie für den Mittelstand absolut nichts mehr übrig habe. Nähere Angaben hat Herr Jirtenbach nicht gemacht. Er ist auch garnicht dazu in der Lage, der D. P. nachzuweisen, wo sie gegen die Belange des Mittelstandes gehandelt hat. Mit einer schmerzlichen Bemerkung bemerkt man dementsprechend, daß die Partei in der Provinz nicht mehr als ein Mittelstandespartei angesehen werden kann. Wir müssen Herrn Jirtenbach empfehlen, sich einmal etwas näher in der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes umzusehen, das Programm dieser Partei zu prüfen und die Haltung der Fraktionen im Reichstage und preussischen Landtage aufmerksam zu verfolgen. Herr Jirtenbach wird dabei finden, daß gerade die Reichspartei des deutschen Mittelstandes alle Ursache hätte, sich energig um die Belange des Mittelstandes einzusetzen. Die Wirtschaftspartei hatte im Jahre 1925 sehr oft Gelegenheit, die Interessen des Mittelstandes zu wahren, und was hat sie getan, Herr Jirtenbach? Sie hat sich im vollsten Sinne des Wortes mittelstandsfeindlich benommen. Wir sind in der Lage, verheerter Herr Wirtschaftsparteiler aus dem Beamtenstand, Ihnen einige Fälle aufzuführen. In allen ersten Mittelstandsfragen hat gerade die Wirtschaftspartei bewiesen, daß sie alles hat unter dem Einfluß der beamtenständigen Parteipartei stand, deren Politik gerade Sie, Herr Jirtenbach, als Beamter in allererster Linie als mittelstandsfeindlich empfinden müssen. Das vollständige Vergehen der Wirtschaftspartei trat besonders bei der Haltung gegenüber dem Aufwertungsgehalt hervor. Hier wäre für die Mittelstandspartei eine besondere Gelegenheit gewesen, dem verarmten Mittelstande zu helfen und die Gegenseite, die gerade in dieser Frage im Mittelstande selbst vorhanden sind, auszugleichen. In großen Worten hat es bei der Wirtschaftspartei gesagt, wie das anscheinend auch bei Ihnen, Herr Jirtenbach, der Fall ist. Bei den Dezemberwahlen 1924 hat die Wirtschaftspartei erklärt, daß sie für eine gerechte, allgemeine Aufwertung eintritt. Sie hat verprochen: Wiedergutmachung des am sparrenden Volke begangenen Vergehens. Und was hat sie gehalten? So gut wie nichts, Herr Jirtenbach. Sind Ihnen diese Vorgänge gar nicht bekannt? Sind Sie in Ihrer eigenen Partei so un erfahren, um nicht zu wissen, daß die Wirtschaftspartei eine Partei ist, in der ernsthaft und nachdrücklich die Belange des Mittelstandes überhaupt nicht vertreten werden. In dieser Partei sind so viele widerstrebende Elemente und Gegenströmungen, die eine fortschreitende Arbeit für den Mittelstand überhaupt nicht ermöglichen. Wir vorweisen Sie z. B. auf die Steuerpolitik im Jahre 1925. Alle Verbesserungsvorschläge der D. P., die im Interesse des Mittelstandes eingebracht wurden, hat die Wirtschaftspartei ganz rücksichtslos niedergestimmt. Die das Handwerk schwer belastende Grundersteuer, die die D. P. beilegen wollte, hat die Wirtschaftspartei abgelehnt. Auch bei der Umsatzsteuer hat die Wirtschaftspartei vollständig verlagert. So könnten wir die Sündenregister ganz gewaltig vermehren. Das schandige Gedächtnis des Herrn Jirtenbach darüber aufzuführen, daß wir ihm gelegentlich ein umfangreiches Sündenregister der Wirtschaftspartei vor Augen führen. Dem neugeborenen Provinziallandtagsabgeordneten empfehlen wir, die besagten Worte zu berücksichtigen: „Wer im Glashaue sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.“

Halberstadt. Erhöhte Hundesteuer. Die bürgerlichen Stadtverordneten erhöhen die Hundsteuer von M 26 auf M 60, um Geld zu bekommen und den Etat balancieren zu können. Begründung dafür: Die Hunde seien zu lästig. Diese Maßnahme verursacht eine starke Erregung und erschließen viele Eingangsstände in der Stellung. Gibt es für lästige Hunde keine anderen Maßnahmen als Erhöhung der Hundsteuer? Man konnte verlangen, daß die Hunde in den Anlagen an der Leine gehalten werden, es konnte ferner ein Hundefänger ange stellt werden. Wir sind überzeugt, daß die Hundehalter durch solche Maßnahmen schon selbst für Ordnung gesorgt

hätten. Statt dessen müssen nun so viele treue Tiere dem Absterbe zugeführt werden.

Halberstadt. (Feindliche Brüder.) Der Hofrat des Herrn Sedlitz in Halberstadt am 23. März nimmt sich eigenartig an, nachdem sich der Stahelheim hier in zwei Häften gespalten hat und ein heftiger Kampf zwischen beiden Richtungen entbrannt ist. Die starke Reunigung nennt sich Fronteig. Jede der beiden Richtungen behauptet von sich, daß in ihr der wahre Fronteig gepflegt wird. Diese Streitfrage müssen die Götter entscheiden. Für Unbeteiligte ist dieser Kampf von gleichgültigen Brüder ein Schauspiel, das verdient, angesehen zu werden. Man erfährt so manches, was gewöhnlich hinter verschlossenen Türen ausgeplaudert wird. Herr Sedlitz hat in den Wöllfingen starke Gegner gefunden, die noch aktiver in die Politik eingreifen wollen, als es der Stahelheim bisher gewagt hat. Diese Spaltung ist die Folge der Politik des Stahelheims. Sie trägt zur Gesundung unseres politischen Lebens bei, denn Einigkeit, werden beiden Richtungen den Rücken kehren und den politischen Parteien die Führung der Politik überlassen.

Gr. Annenleben. Oeffentliche Verammlung Sonntag, den 18. April, nachm. 3 Uhr im „Schwarzen Adler“. Redner Landtagsabgeordneter Dr. Bohner.

Halberstadt. D. D. P. Freitag, den 16. April, abends 8 Uhr im Saale der Harmonie politische Ausprache. Redner Landtagsabgeordneter Dr. Bohner.

Völkisches Werte.

Ein völkischer Abgeordneter als Zehnpfeller. In einer Völkische am Kurfürstendamm weigerten sich am Sonntag abend viele Gäste, ihre große Zehne zu bezahlen. Vom Völkische herbeigeworfene Völkische wurden von den Gästen angegriffen, und besonders der eine, der erklärte, er sei der Landtagsabgeordnete ein. Schließ lich gelang es dem Beamten, die beiden Gäste fortzunehmen und zur nächsten Kreisverammlung zu bringen. Dort wurde der zweite als ein Schriftleiter Hermann Freitz fest gestellt. Die Polizei und der Geschäftsinhaber der Völkische haben gegen beide Strafanzeige erstattet.

Soziales

Krankentafel für Reichsbeamte. Die Beamtenhaft entbehre bisher die besondere Pflege in Krankheitsfällen. Erkrankte ein Beamter oder seine Angehörigen, wurde so gar Krankenhausbehandlung notwendig, so war das meistens gleichbedeutend mit einem vollkommenen Zusammenbruch der Beamtenwirtschaft; denn mit Unter stützung und neuerdings mit Notstandsbeihilfen kommt doch nur unzulänglich geholfen werden. Diese Verwal tungsmaßnahmen waren aber abhängig von einem nicht immer erwünschten Eingreifen in die Privatverhältnisse des Beamten und hingen vom Wohlwollen des Vorgesetzten nicht unwesentlich ab. Deshalb war der Wunsch weitver breitet, eine Krankentafel zu erhalten, die die Beamten auf eigene Beiträge unterhalten wird und worauf der Beamte einen Anspruch hat. Wiederholte Bemühungen der Demokraten im Reichstag, derartige Ein richtungen zu schaffen, scheiterten bisher an der ungenü genden Finanzlage. Nachdem nun aber die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft für ihre Beamten ab 1. 4. 1926 eine Krank- fursorge mit Rechtsanspruch einrichtet und weiter a die bayerische Regierung ähnliche Maßnahmen beschloß, hat der Abg. Schuler (Steglich (Dem.) einen Antrag im Reichstag eingebracht, die Reichsregierung zu ersuchen, eine Krankentafel einzurichten und alsbald einen entsprechenden Entwurf vorzulegen. Wie wir hören, steht die Reichsregierung dieser Anregung sympathisch gegen über.

Krankentafel für Reichsbeamte.

Ein demokratischer Antrag. Die Beamtenhaft entbehre bisher die besondere Pflege in Krankheitsfällen. Erkrankte ein Beamter, so war das meist gleichbedeutend mit einem Zusammenbruch der Beamtenwirtschaft; mit Unter stützung und neuerdings mit Notstandsbeihilfen konnte nur unzulänglich geholfen werden. Diese Verwaltungsmaßnahmen waren abhängig von einem Eingreifen in die Privatverhältnisse des Beamten und hingen vom Wohlwollen des Vorgesetzten nicht unwesentlich ab. Deshalb war der Wunsch weiter Beamten auf eigene Beiträge unterhalten wird. Wiederholte Bemühungen der Demokraten im Reichstag, derartige Ein richtungen zu schaffen, scheiterten bisher an der ungenü genden Finanzlage. Nachdem nun aber die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft für ihre Beamten ab 1. 4. 1926 eine Krank- fursorge mit Rechtsanspruch eingeführt hat und weiterhin die bayerische Regierung ähnliche Maßnahmen beschloß, hat der demokratische Reichstagsabgeordnete Schuler (Steglich) einen Antrag im Reichstag eingebracht, die Reichsregierung zu ersuchen, eine Krankentafel einzurichten und alsbald einen entsprechenden Entwurf vorzulegen. Wie wir hören, steht die Reichsregierung dieser Anregung sympathisch gegenüber.

Briefkasten

Magdeburg. A. Sie haben recht! In den Tageszeitungen richtig wiedergegeben. Die gleiche Mietschuldigkeit vom 1. April 1928 ab bis auf weiteres 94 v. H. der reinen Friedensmiete (§§ 2 und 3 der Verordnung des Ministers für Volkswohlfahrt über die Mietzinsbildung in Preußen vom 17. April 1924).

Von den 94 v. H. der reinen Friedensmiete sind für die Kosten für laufende Instandsetzungsarbeiten 17 v. H. in Anschlag gebracht.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag Ludwig Mühl, Magdeburg. Druck: Buchdruckerei der Allgemeinen Zeitung, Delitzsch.

Sie sind Demokrat!

Schließen Sie sich bitte der

Deutsch. Demokr. Partei

an. Praktisch mitarbeiten
heißt Einfluß auf das politische Leben bekommen.

Halberstadt. Erhöhte Hundesteuer. Die bürgerlichen Stadtverordneten erhöhen die Hundsteuer von M 26 auf M 60, um Geld zu bekommen und den Etat balancieren zu können. Begründung dafür: Die Hunde seien zu lästig. Diese Maßnahme verursacht eine starke Erregung und erschließen viele Eingangsstände in der Stellung. Gibt es für lästige Hunde keine anderen Maßnahmen als Erhöhung der Hundsteuer? Man konnte verlangen, daß die Hunde in den Anlagen an der Leine gehalten werden, es konnte ferner ein Hundefänger ange stellt werden. Wir sind überzeugt, daß die Hundehalter durch solche Maßnahmen schon selbst für Ordnung gesorgt

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Samstags- und Sonntagsmorgen (ausgenommen an Feiertagen) zu einem Preis von 10 Pfennigen. Der Preis für den Abnehmer beträgt 12 Pfennige. Der Preis für den Einzelverkauf beträgt 10 Pfennige. Der Preis für den Einzelverkauf beträgt 10 Pfennige.

Abonnementpreis: Für die sechsmonatliche Nummer 10 Pfennige. Für die dreimonatliche Nummer 6 Pfennige. Für die einmonatliche Nummer 3 Pfennige. Der Preis für den Einzelverkauf beträgt 10 Pfennige.

Nummer 15

Halle (S.), 10. April 1926

2. Jahrgang

Orient und Okzident.

Alles fliehet — Das veraltete Indien — Beglickungspolitik — Das erwachende China — Der Segen des Verfallers Vertrages — Der nervöse Tschischerin — Zu plumpe Intrige — Die U. S. A. und das brasilianische Veto — Geldlüsterner Antikapitalismus — Walter von der Vogelweide's Warnung — Der Faschismus auf Arbeit — Borah schmunzelt — Die Begleitung des belgischen Franken — Der Reichstag denkt, der Reparationsagent lenkt — Hindenburg und Napoleon.

Alles fliehet, sagte schon Heraklit, den seine Zeitgenossen den Dunkeln nannten. Nirgends hat das Wort mehr Berechtigung, als in der Politik, die fliehende Geschichte ist. Nur der aufmerksam Beobachter erkennt bereits die feindlichen Probleme, die dann eines Tages Lösungsfähig vor der Welt stehen. Freilich, nicht alles ist Problem, was in Sensationsmeldungen aufgedeckt für einen Augenblick die Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt. Die Vorgänge in Kalkutta haben diese Bedeutung nicht. Irrender Religionshass zwischen Mohammedanern und Hindus entlud sich blutig. Indien ist nicht nur das Land des Wunderbaren, sondern auch des Unmenschlichen. Glaubensfanatismus, der in Europa lieblich gebendigt wurde, nachdem der Dreißigjährige Krieg den Wölfen den ganzen Überflur der Bekämpfung durch Feuer und Schwert einbringlich gezeigt hat, stammt an den Ufern des Ganges immer wieder auf. Nirgends in der Welt ist das Seltenere größer, nirgends der Fanatismus leidenschaftlicher, nirgends die Verachtung und Verneinung des Lebens verinnerlichter, als in diesem gewaltigen Reich. Aber 50 Tote bedingen herablich wenig. Nur Illusionspolitik hat 50 Tote bedingen können, daß diese Frucht vom britischen Baum reif herunterfallen könnte. Eigenes Interesse und mehr noch innere Erschütterung drängen die 400 Millionen zum Umsturz, das ihnen Schutz und Sicherheit gewährte. England herrscht, obwohl es sich gar nicht den Anschein gibt zu regieren. Es spielt Parteien und Religionen gegeneinander aus, aber es denkt gar nicht daran, geheiligte Mißstände zu beseitigen, und deshalb erweist es sich seiner Sicherheit. Britische Kolonialpolitik ist mit deutscher nicht zu vergleichen. Unser Völkchen zwingt andere zu befehligen, die gar nicht beglückt sein wollen und es als Sklaverei empfinden.

Schlimmer, weit bedenklicher entwickeln sich die Verhältnisse in China. Dieses Reich der Mitte wird allen Mächten der Erde noch mangelhafte Plätze zu knaben aufgeben. Einheitslich ist die Kasse, einheitslich das Befehlsnis. Ein britischer General ist eine Schwabe, die keinen Sommer macht. Nur der Volkswirtschaft drohte dort, Wurzeln zu fassen. Aber eines ist erreicht, die Säue des Himmels sind wieder national geworden. Der europäische Erziehungsunterricht, unterstützt durch Missionen und Handgranaten, hat ausgezeichnete Erfolge aufzuweisen. Die ungezählten Millionen sind in Bewegung, und was ihnen an Selbstbewußtsein fehlte, gab ihnen der Verfallers Vertrag, der Deutschland zwang, auf seine Rechte zu verzichten und mit den Chinesen als gleichberechtigten Machtfaktor zu verhandeln. Die Mongolen sind in der Kultur noch sehr weit zurück. Deshalb haben sie den feinen Unterschied zwischen Deutschen und anderen Völkern noch nicht begreifen können. In ihrer Einfachheit meinen sie, daß was dem einen recht ist, dem anderen billig sein muß. So suchen sie das Joch abzuschütteln. Vorläufig aber sind sie damit beschäftigt, nach europäischem Muster sich gegenseitig die Schädel einzuschlagen und das Land zu verwüsten. Da die Weißen hilfsbereit gegen gute Bezahlung ihnen die Waffen liefern, kann dieses schändliche Vergnügen noch eine Weile fortdauern. Aber Anfangs zu einer Klärung sind sichtbar. Wapewitz ist wieder favorit.

Mit Mißbehagen sieht man in Moskau diese Entwicklung. Es gelingt nichts mehr. Selbst Karachan, der so tatkräftig im Jahre 1904, ist unbenutzt geworden. Vorkämpfer dürfte er schon die Kräfte gewandt haben, um an die heimischen Penaten im Kreml zurückzuführen. Wenn aber selbst der Oken für die neue Reichsfeier keinen Nährboden mehr hergibt, was soll dann erst im Westen geschehen. Der kluge Tschischerin ist aus der Rolle gefallen. Er wird das, was man meteorologisch herab nennt und sagt Dinge, die man besser verschweigt. Zu plumpe ist die Intrige. Die Vereinigten Staaten sollen hinter dem brasilianischen Veto stehen. Wozu? Amerika tritt in den Vorkampf nicht ein und hat auch kaum Interesse daran, ihn zu zerstören, denn das föhrt sie nicht. Nicht einmal dem Hagen Schiedsgericht pflichtet Washington bei. Nicht ohne erklärt es das, es ist Sabotage und fragt nacheinander bei 48 Staaten an, ob sie die Wochealte billigen. Das erfordert Zeit. In Genz rechnet man aus 7 bis 10 Jahre. Bis dahin können Völkern und Schiedsgericht der Vergangenheit angehören. Wenn sich das Weiße Haus nicht einmal auf die Mächte verlassen kann, die den Vorkampf frügen.

Herr Tschischerin aber verriet noch mehr. Locarno mißfiel ihm gründlich. Das war kein Geheimnis. Er sieht in den Verträgen nur eine britische Bemühung, eine Einheitsfront gegen die Sowjets zu schaffen. Deshalb wohl auch die gewissen Ratshläge in Berlin, von denen unser Journal erzählt. Der russische Volkskommissar schwärmt für eine deutsch-französische Westbindung, an die er sich dann, ich sei gewahrt in der Welt, in eurem Bunde der Dritte, freundlich anschließen will. Ganz unsere Meinung. Auch wir halten die Linie Paris-Berlin-Moskau in jeder Hinsicht für geeignet. Nicht nur für Luftverkehr, sondern auch für diplomatische Drähte. Nur mit einem Unterschied. Was du nicht willst ... Rußland fürchtet eine Einheitsfront von Westen her. Eine Kontinentalperre gegen England ist ebenso wenig nach unserem Geschmack. Schon ein größerer als Tschischerin hat sie erfolglos versucht und ist auch in der Umgegend von Moskau gescheitert. Es liegt offenbar an dem Lotageist. So plump war dieser sonst gewiegte Diplomat, daß man nirgends in der Welt über seine Worte Anruhe empfand und das ist eigentlich das Schlimmste.

Der Volkswirtschaftsminister leidet. Politisch und wirtschaftlich. Alles rächt sich. Die glänzende Forderung war alles andere als glänzend, und der Antikapitalismus ist auf die Dauer auch kein Geschäft. Wenn man schon in einem unerschütterlichen Vertrauen die Weltbewältigung herabsetzen muß, so kann man an der Zukunft verweisen, ohne Geld zu nichts. Selbst der Antikapitalismus braucht es in gewaltigem Ausmaß. Was die kühnen Feinde nicht verstanden, kann sich so allmählich vorbereiten. Nicht von heute zu morgen, aber die Entwicklung braucht Zeit, und hier sehen wir neue heimliche Probleme.

Ein anderes Problem zeigt in Italien keine Frühlingsschönheiten. Nicht ist befriedlicher als ein zu großer Sieg. Erfüllte Wünsche bringen immer Beschwerden, man muß nach neuen suchen, um dem Leben einen Inhalt zu geben. Kolonialpolitik allein genügt nicht. Mussolini fährt zwar mit dem Pomp Wilhelm II. nach Tripolis, aber die Erinnerung an des Kaisers Tanager-Fahrt sollte ihm zu denken geben. Herr Federzoni erscheint in wenigen Tagen in Süditalien. Vermutlich will er sich an Ort und Stelle überzeugen, wie die Segnungen des faschistischen Regimes im Lande Walter von der Vogelweide's gewirkt haben. Wenn er, der gegebene Nachfolger des Dictators, staatsmännliche Eigenschaften hat, wird er dort zur Umkehr mahnen. Wir wünschen es jedenfalls im Interesse der deutsch-italienischen Beziehungen. An ihrer Spannung liegt uns nichts. Höchstens München macht eine Ausnahme. In Rom aber kann man eine Freundschaft haben. Feinde hat man über genug. Zu allem Überflusse haben Schwarzshenden in Venedig amerikanische Masken verprügelt, das ist mehr als man im Weißen Hause vertragen kann. Herr Borah aber, der ohnedies

das Schuldenabkommen mit den Italienern leidenschaftlich bekämpft, wird vermutlich bei dieser Meldung geschnürrt haben. Auf Befehl hätte die Schlägerei auch nicht besser ausfallen können. Schon Walter von der Vogelweide warnte in einem Gedicht vor dem Frühling, der weiß, grün und rot ist (also die Farben von Sauro) und innen schwarz. Hat auch er schon an die Schwarzshenden Mussolini's gedacht?

In Frankreich sieht man diese Vorgänge ohne Erregung. Man hat mit inneren Sorgen reichlich zu tun. Am Vierzehnten war das Steuerkommissariat Gesetz geworden. Tag und Nacht haben die brauen Deputierten und Senatoren beraten, um das Kompromiß zustande zu bringen. Es war die reine Mißglückerei. Kaum ist der Stiefel notwendig wieder hergestellt, so fliehet das Wasser bereits aus allen Löchern der schwachen Sohle. Die Kirche hat für diese Bemühungen ein spöttisches Rädeln gemacht und den Franken kein Vertrauen geschenkt. Kluge Leute berechnen schon, wann die nächsten Steuern fällig sein werden. Es geht nicht mit der Kleinarbeit. Die Wirtschaft wurde ein Opfer der Politik. Herr Poincaré hat sie für lange Zeit verdoeben, und es ist ein magerer Trost, daß der belgische Franken zur Gesellschaft den Weg in den Abgrund mitmacht.

Wie sind wir Deutschen doch so glücklich! Wir haben unter Steuerkommissariat unter Dach und Fach. Freilich das Reichsamt denkt und der Reparationsagent lenkt, er erhebt Einspruch gegen die verdirbete Erziehung der Biersteuer. Unsere Reichspresse jubelt vor Entrüstung. Verflüchtung durch das Dawesgesetz. Ganz richtig. Die Reiten Mären, die wir den herrlichen Zeiten ihrer Bezauberung verdanken. Und dabei haben wir sie schon gelodert. Wären wir bescheidenem Rezept gefolgt, so wäre vermutlich der Einspruch unterblieben, oder nein, nicht der Einspruch, sondern der Beifall des Reichstages, denn dann hätte die Regierung der Reichstag, die Verwaltung des Reiches nicht wird angenommen.

pauc
Neu
Kug
Nig
Einer
ten
ter
und
dem
fest
deut
stun
Kap
stob
unter
kriege
müde
und
es
nicht
er
bleibt
in
Locarno
d Ma n.

Kommunale Selbstverwaltung

Von Reichsminister des Innern

Die „Zittauer Morgen-Zeitung“ hat ein wertvolles Erinnerungsblatt an ihr 50jähriges Bestehen herausgegeben, in dem der frühere Oberbürgermeister in Zittau, der jetzige Reichsminister des Innern über das obige Thema schreibt. Aus dem wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis der deutschen Gemeinden zum Reich und aus der ganzen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Nachkriegszeit hat sich ein Aufschwungsbewegung über die Gemeinden entwickelt, das mit den Grundgedanken der Selbstverwaltung nicht mehr zu vereinbaren ist. Der von Klagen und Gemeinden in gleicher Weise für 1927 erstellte endgültige Finanzvergleich, die organisatorische Aufteilung der Aufgaben zwischen Reich, Ländern und Gemeinden und die Durchführung einer grundlegenden Verwaltungsreform in allen Körperschaften des öffentlichen Gemeinschaftslebens, wie es unbedingt in nächster Zeit vollzogen werden müssen, werden auch die kommunale Selbstverwaltung von den Mißverhältnissen einer allzu stark zentralisierten und detaillierten Aufsicht durch das Reich und durch die Länder befreien müssen. Dieser Freiheitsprozeß wird um so eher, und um so gründlicher vor sich gehen, je stärker die Selbstverwaltung wird.

Der Staatshaushalt wird es in einzelnen Ländern außerordentlich schwer, sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß ohne ihren befehlgebenden Einfluß die Selbstverwaltung tritt. Die eine oder andere Gemeinde, die eine der inneren Selbstverwaltung ein Lebensinteresse hat. Eine Aufsicht ist eine Rechtsnotwendigkeit auch insofern, als die Rechte (sowohl der Einzelperson als auch die Rechte der Gesamtheit gegenüber den Willensäußerungen der Selbstverwaltungen) über die Aufsicht auf die Selbstverwaltung umgeben bleiben müssen. Die Aufsicht auf die Selbstverwaltung fordert aber, daß diese Aufsicht auf das tatsächliche und rechtlich mögliche Mindestmaß beschränkt und in ihrer praktischen Anwendungsform der Wesensart der Selbstverwaltung angepaßt wird. Zur Erreichung dieses Zweckes genügt es vollkommen, wenn der Inhalt der Aufsichtsbefugnis lediglich in der Prüfung der gesetzmäßigen Handhabung der Selbstverwaltung und in der Abstellung von Gesetzwidrigkeiten gefunden wird.

Der Staatsbureaucratie wird es in einzelnen Ländern außerordentlich schwer, sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß ohne ihren befehlgebenden Einfluß die Selbst-

